

Islamunterricht – ein Allheilmittel?

In Zeiten, da sich ein schariageleiteter Islam mit einem globalen Herrschaftsanspruch von Unterdrückung bis hin zum Terror zeigt, wird in der Schweiz der Ruf nach einem Islamunterricht an öffentlichen Schulen durch Muslimlehrerinnen und -lehrer immer lauter. Doch ist dieser tatsächlich der Schlüssel zum Schutz vor Extremismus?

Während die konfessionelle Religionsunterweisung der christlichen Kirchen durch die Bildungsreformen der letzten Jahre in vielen Kantonen eine Schwächung erfahren hat, sollen nun sogar nichtmuslimische Schüler in den islamischen Unterricht – um schon von Kindesbeinen an Vorurteile abzubauen und „das richtige“ Islambild zu vermitteln. So etwas gibt es bisher nur in vom Islam beherrschten Ländern, wo auch die Nichtmuslime an den staatlichen, aber ebenso den noch bestehenden christlichen Privatschulen den Koran studieren, islamisches Recht und Geschichte mitlernen müssen. Dazu kommt nun die Forderung, auch mitten im christlich geprägten Abendland Islamunterricht durchzusetzen.

Schweizer Islamvertreter begründen dies damit, dass Islamunterricht an den Volksschulen Radikalisierungen rechtzeitig vorbeugen würde. Somit sei er im Interesse der gesamten Gesellschaft. In Deutschland fordern Politiker, Kirchenvertreter und „Islamexperten“ einen „flächendeckenden Islamunterricht“ an Schulen als Präventivmassnahme gegen die Radikalisierung junger Muslime. Diese wird als probates Mittel der Integration propagiert. Ein genauer Blick aber zeigt: Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Unterricht trägt v.a. zur Festigung einer vorgeprägten ethno-religiösen Identität bei, die in vielfältiger Hinsicht im Widerspruch zur säkular-demokratischen Gesellschafts- und Werteordnung der europäischen Länder steht.

Blick nach Deutschland

Derzeit bieten bereits Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland islamischen Religionsunterricht an. Die jährlichen Kosten für flächendeckenden Islamunterricht beziffert der Städtebund auf ca. 2,7 Milliarden Euro. Die Erfahrung aus Deutschland zeigt, dass der Islamunterricht an deutschen Schulen rückständig ist. Zu diesem Schluss kommt der Leiter des Fachbereichs Islamische Theologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Abdel-Hakim Ourghi, in einem Gutachten. Hessen war das erste Land, das vor zwei Jahren bekenntnisorientierten Islamunterricht an den Grundschulen einführte. „Eine Auseinandersetzung mit problematischen Koranversen findet nicht statt“, stellte der Islamwissenschaftler fest (z.B. mit Versen, die die Männer auf einer Stufe über den Frauen sehen, die Polygamie oder das Schlagen von Frauen legitimieren). Aber nicht nur das: „Ebenso wenig wird das Thema der Identitätsfindung der Schüler zwischen islamischem Glauben und ihrer westlich geprägten Lebenswirklichkeit angesprochen.“

Beispiel aus der Schweiz

Nach der Prüfung des Inhaltes vom Schweizer Lehrmittel „Blickpunkt Religion und Kultur Sekundarstufe 1“ stellt Zukunft CH fest, dass es dabei nur um die Vermittlung des Glaubens auf spiritueller Ebene geht, ohne dass Schüler die Möglichkeit erhalten, sich kritisch mit der Tradition und der Lehre des Islam auseinanderzusetzen. Themen wie Ehrenmord, Zwangsheirat, Kinderehe, Polygamie, weibliche Beschneidung usw. bleiben aussen vor. In dem Lehrmittel, welches in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zürich entwickelt wurde, werden

falsche Informationen und Propaganda vermittelt. Auf Seite 95 wird z.B. zwischen einem „grossen (inneren) Dschihad“ („innere Anstrengung des Menschen, möglichst nahe bei Gott zu sein“) und einem „kleinen (äusseren) Dschihad“ („wenn Muslime angegriffen werden und der Islam dadurch bedroht ist, dürfen sie sich mit Waffengewalt wehren“) unterschieden. Diese Definition des Begriffs Dschihad hat schlichtweg nichts mit dem Islam zu tun.

Fragwürdige Kompetenz

Zur Begründung einer Einführung des Islamunterrichts wird oft angeführt, dass das obligatorische Fach „Ethik, Religionen, Gemeinschaft“ zu allgemein gehalten sei und wegen seines „religionsvermischenden“ Charakters die Kinder gläubiger Muslime am wenigsten anspreche. Diese ignorierten oder schwänzten den Ethikunterricht und gingen in konservative Vereine. In diesem Sinn äussert sich auch vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz dessen Leiter Pädagogik, Jürg Brühlmann. Nur mit einem offiziellen Islamunterricht hätte man die Gewähr, dass „keine Ideologen, sondern kompetente Lehrpersonen am Werk sind“.

Mit dieser Kompetenz sieht es aber recht fragwürdig aus. Im Nachbarland Österreich bereits seit 1982 im öffentlichen und privaten Schulwesen Islamunterricht erteilt. Im Schuljahr 2016/17 sind 57'000 muslimische Schüler an 2'000 Lehranstalten angemeldet, wo 430 von der – in Österreich einheitlichen – Islamischen Religionsgemeinschaft bestellte, aber vom Staat bezahlte Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Die meisten von ihnen lehren jedoch keinen entradikalisierten, sondern einen zur mitteleuropäischen Umwelt erst recht polarisierten Islam. 2007 wurde zum 25-jährigen Bestehen des österreichischen Islamunterrichts eine Studie in Auftrag gegeben. Sie zeigte katastrophale Mängel auf: 40 Prozent der muslimischen Lehrkräfte hatten weder eine theologische noch pädagogische Ausbildung, mehr als ein Fünftel lehnte die Demokratie ab und vertraten im Unterricht „fanatische Haltungen“ (u.a. die Forderung nach dem Steinigen von „Sünderinnen“ und die Betrachtung christlicher und jüdischer Frauen als Freiwild für Muslime) – mit katastrophalen Folgen für das Verhalten von türkischen, kosovarischen oder tschetschenischen Schülern zu ihren österreichischen Lehrerinnen. Dies bestätigt auch eine aktuelle durchgeführte Studie im Auftrag des Rathauses Wien über die Radikalisierungsgefahr der muslimischen Jugendlichen. Demnach sind 27 Prozent der befragten jungen Muslime „latent gefährdet“, radikalisiert zu werden. Weitere 31 Prozent weisen eine leichte bis mittlere Gefährdung auf. Fast 50 Prozent sind antisemitisch eingestellt und 60 Prozent demokratiefeindlich.

Seitdem hat sich wenig zum Besseren gewandelt. Beispielhaft dafür ist der in Vorarlberg unterrichtende Religionslehrer Ömer Kutlucan. Über ihn wurden schon lang Klagen laut, die sich im April 2016 verdichteten: Er leugnete jeden islamistischen Hintergrund des Terroranschlags auf „Charlie Hebdo“ und weigerte sich, Kolleginnen und überhaupt Frauen die Hand zu geben. Nach der Matura im Juni stiftete er seine Schülerinnen an, Professoren den üblichen Handschlag bei Überreichung der Zeugnisse zu verweigern. Der Landesschulrat forderte darauf von der Islamischen Glaubensgemeinschaft eine Überprüfung des Religionslehrers wegen „einseitigem, ja extremistischem Unterricht“. Doch die Muslimvertretung erklärte ihn zum „Mobbingopfer“. Ömer Kutlucan darf weiter unterrichten ...

Naive Sicht auf den Unterricht

Das alles zeigt, dass es naiv wäre zu glauben, Schulunterricht könne Extremismus verhindern. Umso mehr, als der ganze traditionelle Islamunterricht seit den Anfängen nicht auf Verständnis und kritischer Reflexion, sondern reinem Auswendiglernen des Korans, der mündlichen Überlieferung und religiöser Vorschriften basiert. Einem kritischen Denken kann der geforderte Islamunterricht schon von seinem Wesen her nicht entsprechen.

Mehr Infos zum Thema Islam oder Nachbestellung des Infoblattes:

Zukunft CH
Zürcherstrasse 123
CH-8406 Winterthur

Tel. +41 (0) 52 268 65 00
Fax +41 (0) 52 268 65 09
E-Mail: info@zukunft-ch.ch
www.zukunft-ch.ch